



## AG Windenergie Eifel + Börde schreibt an die Kanzlerin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Eifel, 29.08.17

wir schreiben Ihnen als Arbeitsgemeinschaft Windenergie Eifel + Börde, einem parteiunabhängigen Zusammenschluss von Bürgerinitiativen in Eifel und Börde, unserer Region, in der wir mit Windrädern leben müssen.

In Deutschland existieren mittlerweile weit über 1.000 Bürgerinitiativen, meist in ländlichen Regionen, welche die massiven Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen und deren Folgen für Landschaft und Wohnumfeld nicht mehr hinnehmen wollen.

27.240 Windräder (Stand Ende 2016) bringen uns die großindustrielle Zerstörung unserer Landschaft, die Beeinträchtigung unserer Gesundheit, die Entwertung unserer Wohnungen und Häuser, die Vernichtung unserer Fauna und Flora sowie eine enorme Steigerung des Energiepreises für Strom.

Was diese Windmaschinen nicht bringen, ist eine Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, benötigt doch jedes Kilowatt Windstrom ein Backup-Kraftwerk, welches den Strom dann liefert, wenn der Wind versagt. Die Back-up Kraftwerke müssen weiter laufen, um jederzeit auf die Schwankungen des Windstrom-Angebots – ausgleichend - zu reagieren.

Wir sind erstaunt und enttäuscht: Das wichtigste innenpolitische Thema, dass die Menschen in den ländlichen Regionen mehr als alles andere beschäftigt, findet im CDU-Wahlkampf nicht statt. Versuche des Berliner Kreises, der Partei Denkanstöße zu vermitteln, wurden nicht einmal diskutiert.

Die Bundesrepublik fährt – mit ihrer Billigung – die deutsche Energieversorgung „energiegewendet“ vor die Wand. Die größte Volkspartei des Landes beschäftigt sich mit diesem Thema in ihrem Wahlprogramm mit keinem Wort!

In den vergangenen Wochen haben wir die Aussagen der CDU zur Energiepolitik - insbesondere zum Auf- und Ausbau der Windanlagen - bewertet und möchten darauf hinweisen, dass die Energiepolitik in Deutschland einer Zielrichtung folgt, die nach den physikalisch- technischen Gesetzen nicht möglich ist.

Die aktuelle Politik zielt darauf ab, sukzessiv die Stromerzeugung von nuklearen und fossilen Brennstoffen auf so genannte „Erneuerbare Energien“ wie Windkraft, Fotovoltaik und andere Energieformen umzustellen.

Übrigens: Ihnen als Diplom Physikerin ist sicher bekannt, dass man Energie nicht erneuern kann, sondern nur umwandeln, aber bleiben wir im gegenwärtigen Sprachgebrauch bei den „Erneuerbaren Energien“ (EE).

Das Hauptargument für die EE ist der anthropogene Klimawandel, der inzwischen wie ein Glaubensbekenntnis von der Regierung und fast allen im Bundestag vertretenen Parteien dazu benutzt wird, besonders den Ausbau der Windenergie zu forcieren und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Natur, den Arten- und Landschaftsschutz hintanzustellen.

Seit Jahren wird von den Bundesregierungen, ob Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder der großen Koalition, die Angst vor dem anthropogenen Klimawandel benutzt, um den deutschen Bürgerinnen und Bürgern die so genannten ökologischen oder regenerativen Energiequellen als ein wirksames Mittel gegen den Klimawandel zu verordnen. Bei der Stromerzeugung mit Windkraft würde im Gegensatz zu den fossilen Energieträgern kein CO<sub>2</sub> entstehen...

Befasst man sich intensiver mit Windkraft, so wird rasch deutlich, dass Windanlagen nichts zu einem verringerten CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland in den vergangenen 17 Jahren beigetragen haben und auch in Zukunft nichts zur ökologischen Versorgungssicherheit werden leisten können. Das ist keine Behauptung, sondern lässt sich anhand unabhängiger Quellen, unter anderem Ihrer Ministerien, belegen.

- Strom aus Biogas führt zu Monokulturen und Artensterben und kann von seiner verfügbaren Menge nicht den deutschen Strombedarf decken.

- Solarstrom ist witterungsabhängig und im Winter und in der Nacht nicht verfügbar

- Windanlagen liefern keinen gleichmäßigen Strom, der zum Erhalt eines Netzes gebraucht wird. Strombedarf und Stromproduktion sind nicht kongruent und deswegen sind Windanlagen nicht als elektrische Grundversorgung einsetzbar. Diese Stromversorgung schwankt und kann auch mal wochenlang ausfallen. Für diese unsichere erneuerbare „Teilversorgung“ ein neues teures Netz von Nord nach Süddeutschland zu planen, macht ebenfalls keinen Sinn.

Leider wird auch wenig die Mahnung von Fachärzten beachtet: Windanlagen verursachen gesundheitliche Schädigungen bei Mensch und Tier. Anwohner von Windparks berichten den Ärzten über Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche, Tinnitus, Herz-, Kreislauf- und Organprobleme – verursacht von Langzeitexposition durch Schall und Infraschall - sowie weitere schwerwiegende Beeinträchtigungen der Gesundheit. Einen gewissen Schutz bietet ein Abstand von 10 H zu Windanlagen, d.h. der Abstand von Windrädern zu Wohngebäuden soll mindestens dem zehnfachen Betrag der Spitzenhöhe der Windanlagen entsprechen, wie dies in Bayern Landesgesetz ist. Warum sollen nicht alle Deutschen so wie in Bayern gegen gesundheitliche Schädigungen durch Windräder gesichert werden? Das Grundrecht auf Unversehrtheit darf nicht zu Gunsten der Energiepolitik ausgehebelt werden.

Die Energiewende und alle in diesem Rahmen durchgeführten Projekte kranken an schweren systemischen Fehlern und sind - als Ersatz für die Grundlastversorgung durch kalorischen- oder Atomstrom - ungeeignet. Zur Zeit besitzt Deutschland eine Leistungskapazität an nuklearen und fossilen Kraftwerken von 80-90 Gigawatt, die Leistung der Erneuerbaren Energie aller Art liegt- wenn die Sonne scheint und der Wind gut weht bei 101 GW. Wind und Sonne können keine Netzspannung aufrechterhalten, und keinen Strom kontinuierlich dann liefern, wenn er gebraucht wird. Für eine Verstetigung des Stromertrags in die Netze fehlen die Speicher und diese sind auch in der nötigen Anzahl weder von der Topographie noch von der Finanzierung her zu realisieren.

Das Desaster der deutschen Klimapolitik fasst die WamS am 23.7.2017 aktuell zusammen:

<http://hd.welt.de/Sonderseiten-edition/article166916155/Kurzschluss-bei-der-Energiewende.html>

In den ländlichen Regionen brennt das Thema den Menschen unter den Nägeln. Die Klimadiskussion teilt die Menschen in unbeteiligte Bewohner von Ballungsräumen und betroffene Opfer einer massiven Umgestaltung der ländlichen Lebensräume zu energieindustriellen Windradkonzentrationszonen. Ballungsräume gegen ländliche Regionen, Heimat und Naturerhalt gegen den energetischen Turmbau zu Babel der parteiübergreifenden Windstrom-Enthusiasten.

Wir Bürger wollen neue Lösungsansätze der Energiepolitik, die auf physikalisch belastbaren Fakten beruhen. Wir haben genug davon, auf dem Land mit unserer Lebensqualität für den ideologischen Traum von Weltrettungsphantasten zu bezahlen. Schluss mit politisch verordneter Ideologie und alternativen Fakten unter denen nicht nur wir, sondern auch nachfolgende Generationen zu leiden haben!

Der Energieertrag aus „Erneuerbaren“ wird - auch bei weiterem Ausbau - nicht ausreichen, eine moderne Industriegesellschaft mit Strom, Wärme und Verkehrsinfrastruktur zu versorgen. Diese Information ist auch CDU Mitgliedern und Amtsträgern, die sich in das komplexe Thema wirklich eingearbeitet haben, bekannt.

Wir möchten Sie auffordern, das Thema Energiewende, das bisher als Mittel gegen den Klimawandel dargestellt wird, im Wahlkampf anzusprechen und Ihre Argumentation wie auch die Argumentation der CDU auf bekannten wissenschaftlichen Fakten aufzubauen.

Natürlich sind wir gern bereit, die hier gemachten Aussagen zu belegen, und mit Ihnen zu diskutieren. Auf jeden Fall wünschen wir uns, dass Sie das bisher vernachlässigte Thema kritisch, und den vorliegenden Erkenntnissen entsprechend aufgreifen, bevor sich unser Land - mit Ihrer tatkräftigen politischen Hilfestellung - „energiewendet“ aus dem Konzert der Industrienationen verabschiedet.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Hoffmann  
AG Windenergie Eifel + Börde

Ralf Wilke  
Vorstand NABU Euskirchen e.V.

Kontakt  
Dr. Ralf Hoffmann,  
Tissenicher Straße 34,  
53909 Zülpich- Enzen,  
02256 958295

In der AG Windenergie Eifel + Börde arbeiten Bürgerinitiativen aus der Region Eifel und Börde zusammen, u.a. BI Daubenscheid-Wiesenhart, BI Enzen, BI Füssenich-Geich, BI Juntersdorf, BI Ländchen gegen Dahlem IV, BI Mülheim-sagt-nein, BI Sturm-im-Wald Reetz, Windkraft Initiative Rureifel, Sturm-im-Wald e.V. RLP, und viele Bürger aus den Kreisen Euskirchen, Düren, der StädteRegion Aachen, der Vulkaneifel sowie der NABU Euskirchen.